Ich begrüße Sie herzlich und danke Ihnen, dass ich heute hier sprechen darf. Mein Name ist Jasmin. Ich bin Palästinenserin.

Heimat, das war für mich lange Zeit auch Deutschland. Ich bin hier aufgewachsen, mit Werten wie Gerechtigkeit, Empathie und Meinungsfreiheit. Doch seit dem 7. Oktober 2023 habe ich das Gefühl, dass diese Werte nicht mehr für alle gelten, zumindest nicht für Palästinenser*innen.

Wer glaubt, der Konflikt habe an diesem Tag begonnen, irrt. Er erreichte lediglich einen neuen Höhepunkt. Seit über 19 Monaten herrscht in Gaza eine humanitäre Katastrophe, verursacht von der israelischen Besatzung, so schlimm, wie wir sie in unserer Generation noch nie erlebt haben.

Mehr als 62.600 Menschen wurden getötet, darunter die Hälfte Kinder. Ganze Familien wurden ausgelöscht, über 11.600 verletzt. Mehr als 450 Ärztinnen, Sanitäter und Pflegekräfte und über 200 Journalistinnen wurden getötet. 39.000 Kinder haben mindestens ein Elternteil verloren, 17.000 von ihnen sind Vollwaisen. Wohnviertel, Krankenhäuser und Schulen gezielt zerstört. Über 90 % der Bevölkerung sind obdachlos und wurden vertrieben, viele mehrfach.

Ich habe Bilder gesehen, die mich nie wieder loslassen: Kinderleichen unter Trümmern, verstümmelte Körper, Eltern, die verzweifelt nach ihren Kindern graben. Kinder, denen ohne Betäubung Gliedmaßen amputiert werden. Wie kann man all das sehen und schweigen?

Doch genau das passiert. Live. Vor unseren Augen.

Viele schauen weg. In den Medien erleben wir weiterhin eine einseitige Darstellung. Israelische Opfer bekommen Gesichter, Geschichten, Namen. Palästinensische Opfer bleiben oft nur Zahlen, abstrakt und anonym. Das ist kein Journalismus, das ist selektives Mitgefühl.

Ich erlebe zunehmend, dass viele Medien ihrer Verantwortung nicht gerecht werden: mangelnder Kontext, einseitige Perspektiven, Sprache, die nicht informiert, sondern beeinflusst. Besonders auffällig: Die unkritische Übernahme offizieller Aussagen der israelischen Armee, ohne Faktencheck, ohne Einordnung, ohne Berücksichtigung des Völkerrechts oder der Sicht der Betroffenen.

So funktioniert kein Journalismus, nicht in einer Demokratie.

Der Internationale Gerichtshof hat im Januar 2024 ein Verfahren eröffnet: Israel begeht möglicherweise Völkermord. Schutzmaßnahmen für Gaza wurden angeordnet, doch sie bleiben unbeachtet. Im Juli erklärte der IGH die Besatzung von Ostjerusalem, dem Westjordanland und Gaza für völkerrechtswidrig. Die israelische Politik verstoße gegen das Apartheidverbot. Der IGH fordert: Räumung der Siedlungen, Reparationen und das Ende jeglicher Unterstützung der Besatzung.

Auch der Internationale Strafgerichtshof erließ Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu und Ex-Verteidigungsminister Gallant wegen Kriegsverbrechen.

Und Deutschland? Der Kanzler nennt das IGH-Urteil "absurd". Die Waffenlieferungen laufen weiter. Die Außenministerin relativierte den Schutzstatus ziviler Einrichtungen. Ein möglicher künftiger Kanzler will einen mit Haftbefehl international gesuchten Mann nach Berlin einladen.

Deutschland, was ist aus dir geworden?

Der Schutz jüdischen Lebens ist selbstverständlich. Antisemitismus muss konsequent bekämpft werden. Aber dieser Schutz darf nicht selektiv erfolgen, nicht, indem andere Menschengruppen diskriminiert und verurteilt werden. Palästinensisches Leben ist genauso viel wert wie jedes andere Leben.

Doch genau das wird heute zu oft infrage gestellt.

Kritik an Israels Politik wird öffentlich immer schwieriger. Stimmen wie die der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese werden ausgeladen, nicht trotz, sondern wegen ihrer Expertise. Der traurige Höhepunkt: Ihre Ausladung durch die Freie Universität Berlin, weil sie das ausspricht, was das Völkerrecht längst festgestellt hat.

Und es trifft nicht nur internationale Stimmen. Auch jüdische Menschen, die sich für Palästina einsetzen, werden zunehmend ausgegrenzt. Plötzlich gelten sie nicht mehr als Teil der "Staatsräson", sondern werden als antisemitisch oder "self-hating Jews" diffamiert. Wer nicht der offiziellen Linie folgt, wird zum Schweigen gebracht, ob Journalistin, Künstlerin oder Wissenschaftler*in.

Wo ist die Meinungsfreiheit, die uns hier beigebracht wurde? Wo ist die demokratische Vielfalt an Perspektiven?

Ich wünsche mir eine Gesellschaft, die zurückfindet zu Empathie, Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Eine Gesellschaft, die nicht schweigt, wenn mit ihren Waffen Zivilist*innen getötet werden.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf:

- **Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen an Israel.** Kein deutsches Rüstungsmaterial darf weiter Leid verursachen.
- Ein Ende der politischen und finanziellen Unterstützung für Israels Kriegsführung. Deutschland muss sich klar gegen Kriegsverbrechen positionieren.
- Echte Konsequenzen für Israels Besatzungspolitik. Solange internationales Recht gebrochen wird, braucht es Sanktionen keine Privilegien.

Jedes Leben zählt. Es muss einen anderen Weg geben, den der Verständigung, des Dialogs, der Menschlichkeit.

Never again for everyone. Freiheit für Palästina, jetzt und für immer.

Jasmin von EYE4PALESTINE